
DEN LETZTEN BEISSEN DIE HUNDE: SCHEINSPAREN À LA FDP UND SVP

Beim Bund und beim Kanton wollen FDP und SVP fleissig sparen. Doch häufig werden nur die Kosten auf die Gemeinden abgewälzt.

Beim Bund und beim Kanton wollen FDP und SVP fleissig sparen. Doch ein beträchtlicher Teil der Sparmassnahmen sind reine Verschiebungen der Ausgaben auf eine andere staatliche Ebene. Vom Bund werden Lasten auf die Kantone abgewälzt und der Kanton verlagert Aufgaben an die Gemeinden. Diese sind am Schluss die Leidtragenden. Zum Beispiel plant der Bund aus der Mitfinanzierung von Tempo-30-Zonen auszusteigen. Projekte in Gemeinden sind dadurch gefährdet. Es ist absehbar: Die Unfälle werden wieder zunehmen, weil viele Gemeinden den Bundesbeitrag von 50% der Kosten nicht übernehmen können. Ein anderes Beispiel: Das Leben in den Alpen wird für Einheimische und Touristen gefährlicher. Bisher zahlte der Bund 20-70% der Kosten von Lawinengalerien und Tunnels, jetzt können die Kantone und Gemeinden selbst schauen - in einer Zeit, da die Berge wegen der Klimaveränderung zu rutschen beginnen. Der Bund will sich auch aus der Stipendienfinanzierung bei Lehrlingen und GymnasiastInnen zurückziehen. (Die Aufwendungen des Bundes sinken von 86 Mio. Fr. im Jahre 2002 auf 25 Mio. Fr. im Jahre 2007). Mit dem Sparprogramm werden die Stipendienbeiträge für Studierende um mehrere Millionen gekürzt. Hier müsste der Kanton einspringen - angesichts der Spareuphorie illusorisch. Für Kinder aus finanziell schlechter gestellten Haushalten verschlechtern sich die - ohnehin schon geringen - Bildungschancen immer mehr. Auch die Sparmassnahmen im Kanton Zürich wollen Lasten an die Gemeinden abschieben: Die Mehrbelastung der Gemeinden durch das Sa-nierungspaket 04 beträgt 256 Millionen - für viele Gemeinden eine ausgesprochen schwierige Situation. So werden die Fürsorgekosten für die Gemeinden ansteigen, wenn AHV- und IV-Beihilfen abgeschafft werden. Ferner werden Beiträge des Kantons für die Jugendhilfe, für die Alimentenbevorschussung, für die Forstreviere und der Kostenersatz für Ausländerfürsorge gestrichen bzw. reduziert.